

**Zusätzliche Angaben zum Antrag auf Unterstützung
gemäß § 18 des Häftlingshilfegesetzes (HHG)**

Unterstützungsleistungen nach § 18 HHG können durch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge (StepH) nur gewährt werden, wenn eine Bescheinigung über das Vorliegen der Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 HHG und darüber, dass die Ausschließungsgründe nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HHG weder gegeben noch gemäß § 2 Abs. 4 HHG wirksam vorgelegt wird. Diese Bescheinigung wird auf Ersuchen der StepH durch die zuständigen Häftlingshilfebehörden der Länder ausgestellt.

Zur Verfahrensbeschleunigung, ergänzen die folgenden Angaben den Antrag auf Unterstützungsleistungen an die Stiftung, um die für die Ausstellung der Bescheinigung notwendigen Angaben.

1. Ergänzende Angaben zur Person

- a) Sind sie im Besitz eines Vertriebenen- oder Flüchtlingsausweises oder einer Spätaussiedlerbescheinigung?

Ja Nein

Wenn ja, bitte Kopien beifügen, ggf. auch der Ablehnungsbescheide!

- b) Wann und durch welche Behörde wurde der Ausweis/die Bescheinigung ausgestellt?

Datum	Ausstellungsbehörde

2. Ergänzende Angaben zum Aufenthalt zum Zeitpunkt der Inhaftierung/Internierung/Verschleppung

Wie lautet die letzte Anschrift

- a) bevor Sie Ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland nahmen?

- b) im Zeitpunkt Ihrer Ingewahrsamnahme?

3. Ergänzende Angaben zum Verbleib nach der Haft

Wie lautet die Anschrift Ihres ersten Wohnsitzes in der Bundesrepublik Deutschland nach Beendigung der Haft?

4. Ergänzende Angaben zur Person des verstorbenen ehemaligen politischen Häftlings

- War der Verstorbene deutscher Staatsangehöriger?
 War der Verstorbene deutscher Volkszugehöriger?

Sind Miterben im Bundesgebiet vorhanden?

- Ja Nein

Wenn ja, sind von diesen Miterben bereits Anträge nach dem HHG gestellt worden?

- Ja Nein

Wenn ja, bei welcher Behörde?

5. Ergänzende Angaben zur Dauer der politisch-rechtstaatswidrigen Haft/Verschleppung/Internierung

a) Bitte erläutern Sie ausführlich auf einem gesonderten Beiblatt, **wann** und **aus welchen Gründen** Sie in Gewahrsam genommen wurden. Sollten Sie verurteilt worden sein, machen Sie bitte Angaben

- zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung,
- zum Gericht, das Sie verurteilte,
- zum Strafmaß
- und zur Begründung des Urteils.

Soweit vorhanden, fügen Sie bitte zum Nachweis vorhandene Unterlagen (Häftlingsbescheinigungen, Urteil, etc.) bei.

c) Welche in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Zeugen können den Gewahrsam bestätigen?

6. Ergänzende Angaben zu bisher erhaltenen Leistungen nach dem HHG, dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehag) oder dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG)

Art:	Festsetzungsbehörde	Beträge in DM	Auszahlung (Monat, Jahr)
Entschädigungen nach § 3 KgfEG			
Leistungen der Heimkehrerstiftung			

Bitte Kopien beifügen, ggf. auch der Ablehnungsbescheide!

7. Zusätzliche Angaben

- a) Zuletzt ausgeübter Beruf von Ihnen bzw. der dem verstorbenen Angehörigen vor der Gewahrsamnahme
- b) Gehörten Sie bzw. die /der verstorbene Angehörige der NSDAP bzw. der SED an (ggf. in welcher Funktion)?

Erklärung

Nach § 2 Abs. 1 HHG bzw. § 16 Abs. 2 StrRehaG dürfen Leistungen nach diesen Gesetzen nicht gewährt werden an Personen,

- die in der sowjetischen Besatzungszone, der DDR oder im übrigen kommunistischen Machtbereich dem dort herrschenden System erheblich Vorschub geleistet oder gegen die Grundsätze von Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben (hierzu zählt auch die Tätigkeit als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit - MfS - der DDR),
- die während der Herrschaft des Nationalsozialismus gegen die Grundsätze von Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben,
- die nach dem 8. Mai 1945 durch deutsche Gerichte wegen vorsätzlicher Straftaten zu Freiheitsstrafen von insgesamt mehr als drei Jahren rechtskräftig verurteilt worden sind. Dies gilt nicht, soweit die Verurteilung auf in § 1 Abs. 1 nr. genannten Gründen beruht.

Ich erkläre hiermit, dass diese Ausschließungsgründe

- bei mir bzw. der/dem verstorbenen Angehörigen, als deren/dessen Hinterbliebene/r ich Leistungen nach dem HHG bzw. StrRehaG beantrage, nach meinem Wissen nicht vorliegen.
- bei mir bzw. der/dem verstorbenen Angehörigen möglicherweise vorliegen. Angaben hierzu mache ich auf einem gesonderten Beiblatt.

Ich versichere, dass meine Angaben vollständig sind und in allen Teilen der Wahrheit entsprechen.

Ort, Datum _____ Unterschrift: _____

(Bitte unbedingt unterschreiben. Bei fehlender Unterschrift ist keine Bearbeitung möglich!)